

AKTUELL

EU-MERCOSUR-ABKOMMEN

Endspurt

María Elorza Saralegui

Inmitten geopolitischer Spannungen gibt Italien grünes Licht für das umstrittene EU-Mercosur-Abkommen. Damit ist eine Mindestmehrheit im EU-Rat erreichbar, der Freihandelstext könnte nächste Woche unterzeichnet werden.

Nach den Demonstrationen im Dezember wurde es diese Woche erneut laut. Mit Protestaktionen und Autobahnblockaden unter anderem in Deutschland machen Landwirtschaftsverbände ihren Unmut gegen das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten deutlich. Denn vergangenen Mittwoch trafen sich die EU-Landwirtschaftsminister*innen mit drei EU-Kommissaren, darunter Christophe Hansen (CSV). Offiziell stand zwar das Budget der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf der Tagesordnung, inoffiziell wurde aber auch das Abkommen mit den Mercosur-Ländern Paraguay, Uruguay, Brasilien und Argentinien besprochen.

Das Abkommen, das seit Ende der 1990er-Jahre verhandelt wird, sieht eine Freihandelszone für über 700 Millionen Personen und die Abschaffung von Zöllen auf rund 90 Prozent der EU-Exporte vor. Vor allem europäische Automobil- und Chemiekonzerne könnten davon profitieren. Inmitten geopolitischer Spannungen und hohen Zöllen seitens der Vereinigten Staaten hofft die EU-Kommission auf engere Beziehungen mit den südamerikanischen Ländern. Die luxemburgische Regierung unterstütze den Vertragstext, bekräftigte der Minister für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel Xavier Bettel (DP) bereits im September, während der EU-Agrar-Kommissar Christophe Hansen sich im Oktober in der Chamber zuversichtlich zeigte: „Es gibt viele europäische Produzenten, die darin ein großes Potenzial sehen. Es ist ein riesiger Markt.“

Umweltschutz-NGOs fordern indes die Ablehnung des Abkommens, das sie als „unmittelbare Bedrohung“ einstufen. Durch die niedrigeren Zolltarife steige die Produktion von Rindfleisch und Soja enorm, was die Abholzung und den Ausstoß von Treibhausgasemissionen verstärken würde (woxx 1855, „Fleischhandel: Auf Kosten indigener Völker“). Auch europäische landwirtschaftliche Verbände machen sich Sorgen und befürchten einen zunehmenden Import von billigeren Lebensmitteln, die keine EU-Normen einhalten müssen. Daran haben neu eingeführte Schutzgarantien der EU-Kommission in

den letzten Monaten wenig geändert (woxx 1866, „EU-Mercosur: Mit einem Trick zum Abkommen“). Obschon der hiesige Landwirtschaftssektor an keiner der großen Protestaktionen in Brüssel teilgenommen hat, zeigte sich der Verbund der „Centrale paysanne“ in der Vergangenheit besorgt (woxx 1822, „Mercosur : Le flou total“).

Anfang der Woche versprach die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen deshalb eine zusätzliche Maßnahme für die Landwirtschaft – auch als Beschwichtigung für skeptische EU-Mitgliedstaaten, deren Unterstützung im EU-Rat unerlässlich ist. Konkret sollen demnach Regierungen schon ab 2028 im Rahmen des nächsten Haushaltsplans der Gemeinsamen Agrarpolitik an Geld in Höhe von 45 Milliarden Euro kommen, um Landwirt*innen finanziell zu unterstützen. Dies, obschon von der Leyen eigentlich sparsamer mit dem neuen Budget umgehen wollte, um für Krisen wie zukünftige Pandemien einen Notgroschen zu haben.

Mehrheit im Rat

Für eine Abstimmung des Abkommens braucht die Kommission im EU-Rat eine qualifizierte Mehrheit, sprich: Es müssen mindestens 15 der 27 Mitgliedsstaaten, die 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren, dafür stimmen. Während Deutschland und Spanien sich stark für einen Handelstext einsetzen, sind Frankreich und Polen dagegen. Als Land mit einer großen Bevölkerung könnte Italien jetzt die Wahl entscheiden. Zeigte sich die italienische Regierung die letzten Monate noch skeptisch – einer geplanten Unterzeichnung im Dezember machte das Land einen Strich durch die Rechnung –, hatte die EU-Kommission mit dem Zuschuss von 45 Milliarden Euro wohl Erfolg: Am Mittwoch machte die italienische Regierung eine Kehrtwende. Nach dem Treffen mit den EU-Agrarminister*innen verkündete der italienische Landwirtschaftsminister Francesco Lollobrigida auf einer Pressekonferenz, das Abkommen sei „eine hervorragende Chance“. Von der Leyen hofft nun auf eine Unterzeichnung des Abkommens nächste Woche. Am Freitag sollen Mitgliedstaaten im EU-Rat über die letzten Schutzklauseln abstimmen. Eine Reise nach Paraguay steht für die Kommissionspräsidentin am 12. Januar an.

SHORT NEWS

Aufklärung für begrüßte Tabakbekämpfung

(mes) – Im Rahmen einer EU-Direktive ist seit Anfang Januar ein neues Anti-Tabak-Gesetz in Kraft. Vorschriften für Tabak- und Nikotinprodukte wurden verschärft und deren Konsum eingeschränkt. Neu ist in erster Linie der Höchstgehalt von Nikotin in Beuteln: maximal 0,048 mg dürfen diese pro Einheit oder Gramm enthalten. „Zusatzstoffe wie Koffein, Taurin, CBD und andere Substanzen, die die Aufnahme von Nikotin erleichtern oder mit einer „energetisierenden“ oder „entspannenden“ Wirkung in Verbindung gebracht werden, sind verboten“, gibt die „Fondation Cancer“ an, die das Gesetz am vergangenen Mittwoch als „wichtigen Schritt zur Stärkung der Politik zur Bekämpfung des Tabakkonsums“ begrüßte. Besonders Jugendliche sollen damit besser geschützt werden. Das Anti-Tabak-Gesetz sieht auch den Verbot von Tabakkonsum an einigen öffentlichen Orten wie Schulen und Spielplätze vor. Verboten wird auch der Verkauf von Zigaretten und anderen Produkten an Minderjährige. Der Verkauf von Einweg-E-Zigaretten ist hingegen weiterhin erlaubt, bemängelt die Fondation Cancer, die auch hier ein Verbot, wie es etwa schon in Belgien und Frankreich der Fall ist, fordert. Gerade E-Zigaretten und Nikotinbeutel sind bei Jugendlichen zunehmend beliebt. „Eine kohärente und ehrgeizige Strategie zur Tabakbekämpfung ist unerlässlich, um unser Ziel einer Generation ohne Tabak bis 2040 zu erreichen“, erinnerte Fondation Cancer in einem Avis an parlamentarische Abgeordnete. Zur Aufklärung bietet die Organisation eine neue Infographik an, die sich vor allem an Gemeinden und Schulen richten soll. Sie ist auf www.maviesanstabac.lu vorzufinden.

Trump dynamite l'impôt minimal mondial

(fg) – La méthode Trump de l'intimidation et du coup de force pour s'exonérer des règles communes fait une nouvelle victime : l'impôt minimal mondial de 15 % sur les multinationales, adopté en 2021 sous le nom de « Pilier 2 » par près de 140 pays, sous l'égide de l'OCDE. Ce lundi 5 janvier, le ministère américain des Finances a annoncé avoir conclu des négociations avec 145 pays « pour que les entreprises ayant leur siège social aux États-Unis soient soumises uniquement aux impôts minimaux américains et exemptées du Pilier 2 ». Une « victoire historique » qui « préserve la souveraineté américaine » et « protège les entreprises et travailleurs américains contre les dérives extraterritoriales », estime le ministère. Dès son retour au pouvoir, Donald Trump avait annoncé que les États-Unis ne se conformeraient pas à cet accord, conçu pour lutter contre l'évasion fiscale. Le président avait menacé d'une « revenge tax » d'au moins 20 % les entreprises étrangères opérant sur le sol américain et dont le pays d'origine appliquerait l'impôt minimum aux groupes américains. La menace a porté ses fruits et l'exemption créera une distorsion de concurrence en faveur des multinationales américaines, mettant à mal l'avenir même de cette mesure laborieusement négociée pendant des années. Joe Biden avait soutenu et encouragé la conclusion de l'accord en 2021, mais ne l'avait pas signé avant son départ de la Maison Blanche.

„Brexit-Neustart“: Starmer will kuscheln

(tf) – Die britische Regierung will einen Gesetzesentwurf vorlegen, der eine deutliche Annäherung an die Europäische Union erlaubt. Der von Premierminister Keir Starmer (Labour) beworbene Entwurf sieht vor, den einzelnen Ministerien weitreichende Möglichkeiten und Befugnisse zu geben, um jeweilige Standards in ihren Bereichen an bestehende und künftige EU-Vorschriften anzugleichen. In einem ersten Schritt soll ein Mechanismus eingeführt werden, um die Standards für die bereits mit dem Rat der Europäischen Union vereinbarten, aber noch in Verhandlung befindlichen Abkommen über Agrar- und Lebensmittel sowie den Stromhandel zu harmonisieren. Künftige britische Regierungen sollen die Möglichkeit bekommen, dies auch in anderen Sektoren zu tun. Das Gesetzesprojekt könnte schon in den kommenden Monaten vorgelegt werden und wird im britischen Parlament wohl für hitzige Diskussionen sorgen, wie die britische Tageszeitung „The Guardian“ am vergangenen Dienstag berichtete. Die konservative Opposition sieht darin einen Blankoscheck für die betreffenden Ministerien. Den „Liberaldemokraten“ geht das Vorhaben hingegen nicht weit genug. Sie wollen den Entwurf mit einem Annex versehen, um damit zugleich eine verbindliche Abstimmung im Parlament über eine Zollunion mit der EU zu erreichen. Der Labour-Vorstoß ist Teil des von Starmer beworbenen „Brexit-Neustarts“, der den „britischen Steuerzahlern und Unternehmen“ zugutekommen und „britische Arbeitsplätze“ schaffen soll.